pedocs
Open Access Erziehungswissenschaften

DIPF

Siepke, Tim; Pohl, Urte

Lernen vor Ort - Skizze eines bundesweiten Projekts

Buchen, Herbert [Hrsg.]; Horster, Leonhard [Hrsg.]; Rolff, Hans-Günter [Hrsg.]: Schulen in der Region - Region in der Schule. Stuttgart : Raabe 2012, S. 23-44

Empfohlene Zitierung/ Suggested Citation:
Siepke, Tim; Pohl, Urte: Lernen vor Ort - Skizze eines bundesweiten Projekts - In: Buchen, Herbert [Hrsg.]; Horster, Leonhard [Hrsg.]; Rolff, Hans-Günter [Hrsg.]: Schulen in der Region - Region in der Schule. Stuttgart : Raabe 2012, S. 23-44 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-88634

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.
Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.
This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

pedocs
Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF)
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Lernen vor Ort

Skizze eines bundesweiten Projekts

Tim Siepke, Urte Pohl

Der Beitrag gewährt einen Überblick über die Zielstellungen und die Struktur des Bundesprogramms „Lernen vor Ort“. Dabei werden sowohl die Organisation des Gesamtprogramms sowie die vorgegebenen Handlungsfelder der Ausgestaltung eines kommunalen Bildungsmanagements für die 40 geförderten Kreise und kreisfreien Städte betrachtet.

1. Einführung in ein bundesweites Programm kommunaler Bildungsgestaltung

Das Lernen im Lebenslauf wird als entscheidender Weg betrachtet, den zentralen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen in Deutschland zu begegnen und seine Verwirklichung für jeden Einzelnen als vorrangige bildungspolitische Aufgabe.[1]

„Aufstieg durch Bildung“ lautet das Motto der vom Bundeskabinett verabschiedeten Qualifizierungsinitiative, die zahlreiche Teilinitiativen unter einer umfassenden Strategie zur Stärkung von Bildungschancen in allen Lebensbereichen, von der frühkindlichen Bildung bis zur Weiterbildung, vereint. Es sollen u. a. *„mehr Bildungschancen für Kinder unter sechs Jahren“* sowie der Zugang und der Erwerb zu und von beruflichen Qualifikationen für alle Jugendlichen gewährleistet werden, der *„Übergang von Schule zu Hochschule“* soll vereinfacht, das Interesse junger Frauen für MINT-Berufe gesteigert und Anreizsysteme, die eine höhere Bereitschaft zur Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen bewirken, geschaffen werden.[2]

Die Empfehlungen des Innovationskreises Weiterbildung finden Eingang in das Programm *Lernen vor Ort*. Der Ansatz, das *„Wissen sowie die Fähigkeit, das erworbene Wissen anzuwenden, […] durch Lernen im Lebenslauf ständig angepasst und erweitert werden“* müssen, da *„nur so […] persönliche Orientierung, gesellschaftliche Teilhabe und Beschäftigungsfähigkeit erhalten und verbessert werden"*[3] können, wurde mit der Programmkonzeption *Lernen vor Ort* fortentwickelt.

Unter diesen Prämissen wurde *Lernen vor Ort* vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sowie einem Stiftungsverbund mit der Zielstellung, ein umfassendes, kommunales, kohärentes Bildungsmana-

gement für das Lernen im Lebenslauf (weiter-) zu entwickeln, initiiert und zur Bewerbung für Kreise und kreisfreie Städte sowie Verbundvorhaben ausgeschrieben. Für die Programmlaufzeit von drei Jahren mit der Option für eine zweijährige Verlängerung stehen Mittel des Bundes und des Europäischen Sozialfonds (ESF) in Höhe von 60 Millionen bereit.

Lernen vor Ort	
Initiatoren	BMBF und Stiftungsverbund *Lernen vor Ort*
Ziel	Entwicklung und Umsetzung eines ganzheitlichen, kohärenten Managements für das Lernen im Lebenslauf
Projektträger	Projektträger im Deutschen Luft- und Raumfahrtzentrum (PT-DLR)
Finanzierung	BMBF und ESF
Teilnehmer	40 Kreise und kreisfreie Städte bundesweit
Laufzeit	2009 – 2012 mit der Option einer zweijährigen Verlängerung

Tab. 1: Das Programm „Lernen vor Ort“ im Überblick

Der Beitrag setzt die Umsetzungsstrategien von *Lernen vor Ort* in Bezug zu verschiedenen Konzeptionen von vorhergehenden Modellprogrammen zur Gestaltung von Bildungslandschaften und greift im zweiten Abschnitt zentrale Themenlinien auf, die auch in neuer Akzentsetzung in der Programmatik von *Lernen vor Ort* wiederzufinden sind. Dabei werden Notwendigkeiten kommunaler Bildungsgestaltung thematisiert, die die Zielrichtung von *Lernen vor Ort* in der Fortführung konzeptioneller Impulse unter dem Leitbegriff der Bildungslandschaften vorgeben und insbesondere in der Stärkung dezentraler Steuerungsstrukturen im Sinne einer verbindlichen Kooperation zwischen den verschiedenen administrativen Fachsträngen und externen Akteuren einen entscheidenden Lösungsansatz sehen. Nicht zuletzt wird der Aspekt einer zunehmenden Evidenzbasierung als immanenter Bestandteil einer Modernisierung von Steuerungsstrukturen und -prozessen behandelt. Vor diesem Hintergrund benannte Aspekte werden im dritten Abschnitt aufgegriffen, der die Zielstellungen von *Lernen vor Ort* beleuchtet, die Organisationsstruktur des Programms vorstellt sowie die zentralen Aktionsfelder, die die geförderten Kommunen bearbeiten, umreißt. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Betrachtung des kommunalen Bildungsmonitorings, das innerhalb von *Lernen vor Ort* als basaler Bestandteil eines zielgerichteten Bildungsmanagements begriffen wird.

2. Die Kommune als Gestaltungsraum des Bildungswesens

Das Bundesprogramm *Lernen vor Ort* ist in seinen Zielstellungen und Umsetzungsmodi eine konsequente Fortführung einer Reihe von Modellprogrammen, die auf Bundesebene wie auf der Ebene der Länder initiiert wurden. Dabei richtet *Lernen vor Ort* die Perspektive auf Handlungsfelder, die nicht zuletzt in der Folge einer breit diskutierten Effektivitätsdebatte des deutschen Bildungswesens in den letzten beiden Dekaden verstärkt in den Blickpunkt der Bildungsforschung und Bildungspolitik gerückt sind. Mehr denn je steht die Erneuerung des Bildungswesens im Fokus von Bildungsreformen, die so auch Fragen einer effektiven, transparenten Steuerung seiner Teilsysteme beantworten müssen. Eine Antwort darauf ist die Verlagerung der Reformierung auf die unteren administrativen Ebenen. Konzeptionelle Entwicklungslinien der Gestaltung des Bildungswesens auf kommunaler Ebene sollen im Folgenden umrissen werden und eine Kontextualisierung der Handlungsprogrammatiken des Programms *Lernen vor Ort* bieten.

2.1 Kommunale Bezüge einer neuen Steuerung des Bildungswesens

Unter dem Handlungsdruck *„persistenter Haushaltsknappheit sowie evidenter Effizienz- und Qualitätsprobleme“*[4] orientierte man sich auch in der Bundesrepublik an den Modellen anderer Staaten, die eine verschiedene Gestaltung und Steuerung des öffentlichen Bildungssektors verinnerlicht hatten. Die Umsetzung einer neuen Steuerungsphilosophie im deutschen Bildungswesen wurde so auch als Notwendigkeit zur Verbesserung der Rangposition in internationalen Schulleistungsstudien bewertet.[5] Der Fokus richtete sich so verstärkt auf grundsätzliche Gestaltungsfragen des Gesamtsystems Bildung – insbesondere auf eine Neuorganisation der Handlungsspielräume der verschiedenen Gestaltungsebenen des Bildungssystems sowie einer Reformierung der Zieldefinitionen von Bildungsprozessen und Ertragsüberprüfungen.

Die Themenkarriere einer neuen Steuerung im Bildungswesen verläuft in Bildungsforschung und -politik in Anlehnung an *Brauckmann* und *Kühne*[6] entlang folgender **Diskussionsstränge**, die in engem begriffslogischen Zusammenhang zum Konzept der Neuen Steuerung stehen und die die Debatten zur Verbesserung des Bildungswesens mitbestimmen: die Dezentralisierung bzw. institutionelle Autonomie, Markt-/Wettbewerbsmechanismen bzw. alternative Finanzierungsformen, (Externe) Evaluation bzw. institutionelle Rechenschaftslegung und Bildungsmonitoring bzw. systemische Rechenschaftslegung.

Das **Kernprinzip einer neuen Steuerung** im Bildungssektor besteht in der Verschiebung der staatlichen Regulierung hin zu Ergebnissen und Erträgen von Bildungsprozessen. Grundlegend dafür ist die Annahme, dass eine Gewährleistung der Leistungsfähigkeit des Bildungswesens nicht über die Schaffung von Gelingens- und Gegebenheitsstrukturen allein – im Sinne einer Input-Steuerung – möglich ist. Man müsse eigenverantwortete Entwicklungsmöglichkeiten für die Einzelinstitutionen schaffen, in der Konsequenz mehr Autonomie gewähren.[7] Eine dezentrale Verantwortlichkeit für die Organisation und Gestaltung von Bildungsprozessen sei, folgt man *Oelkers*[8], ein quasi-natürliches Erfordernis, da der Komplexität der Gestaltung von Bildungsprozessen ohnehin nur auf der operativen Ebene begegnet werden kann und die Umsetzung zentraler Vorgaben an die Vielzahl ihrer Deutungen geknüpft ist.[9] Einer bestärkten selbstgestalteten und -verantworteten Realisierung geteilter Zielvorstellungen auf der Ebene der Einzelinstitution wurden – als zentral organisierte Rechenschaftslegung – Verfahren der systematischen Erfassung von Bildungsprozessen und Bildungserträgen entgegengesetzt.[10]

Mit den auf nationaler Ebene gesetzten Impulsen zur Einführung einer neuen Steuerung und einer damit verbundenen grundsätzlichen Tendenz zu Verfahren einer evidenzbasierten, rationalen Entscheidungsfindung ist der **Anspruch** verbunden, ein transparenteres und damit für demokratische Partizipation zugänglicheres, aber vor allem effektiveres Bildungswesen zu befördern sowie auch die soziostrukturellen Ungleichheiten, die ein bisheriges System nach wie vor verstärke[11], auszumerzen.

Eine ideale Steuerung versteht sich nunmehr als umfassende Beobachtung des auf dezentraler Ebene verantworteten Wandlungsprozesses von zentral organisierten Gelegen- und Gegebenheitsstrukturen hin zu verabredeten und gemeinsam getragenen Zielstellungen. Dieses **Prinzip einer Output-Steuerung** ist auch in der Verwaltung des öffentlichen Sektors in Form des New-Public-Managements nicht zuletzt durch die Initiativen der *Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt)* seit über einem Jahrzehnt in kommunaler Administration verbreitet.[12] **Dezentralisierung als Steuerungsansatz** ist dabei auch als Prozess der Verantwortungsseparierung zwischen den administrativen Ebenen[13] zu betrachten und nicht allein auf die Steuerbarkeit und Eigensteuerung der Einzelorganisation zu beziehen.

Der Annahme folgend, dass Innovationen nicht auf breiter Fläche durchgeführt werden können, sondern die Komplexität und Vielgestalt der Implementationsorte berücksichtigen müssen[14], kommt der kommunalen Ebene als administrativem Gestaltungsraum von Steuerungsprozessen mit einer eigenen Handlungslogik besondere Bedeutung zu. Die deutlichen aber vielfältigen Tendenzen, Bildung in kommunalen Kontexten zu gestalten, die mit der Aachener Erklärung des Deutschen Städtetages

(2007) ein offenkundiges Zeugnis erhielten, werden von *Wolfgang Weiß* unter dem Begriff **Kommunalisierung** subsumiert. Dieser umfasst die Reformierung der „vertikalen Kooperationen“, der Steuerungs- und Aushandelungsprozesse zwischen den administrativen Ebenen und „horizontalen Kooperationen“, mithin der Abstimmungen und der Zusammenarbeit kommunal ansässiger Fachämter, Akteure und Einrichtungen aus Bildung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.[15]

2.2 Gestaltungserfordernisse eines kommunalen Bildungswesens

Neben der grundsätzlichen Hoffnung, dass eine auf die kleinsten regionalen Einheiten übertragene Reformierung der Steuerungsstrukturen eine deutliche Effektivitätssteigerung in vielerlei Hinsicht bewirke[16], nicht zuletzt Interventionen bereithalte, um evidenten kleinräumigen Disparitäten und den *„nach wie vor bestehenden erheblichen sozialen Unterschieden der Bildungsbeteiligung und deren Verbindung mit dem steigenden Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund zu begegnen“*[17], stehen auch die Kommunen selbst in Bildungsfragen unter zunehmendem Erfolgsdruck. Die Last der zentralen gesellschaftlichen Problemstellungen wie der Überalterung der Gesellschaft, einem insbesondere in ländlichen Regionen deutlich spürbaren Fachkräftemangel und fortwährend drängenden Bewältigung sozial-struktureller Ungleichheiten, v. a. von sozialräumlichen Segregationstendenzen in den Großstädten[18], liegt auf den Kommunen, die vermehrt passende Bildungsinfrastrukturen vorzuhalten haben, um insbesondere junge Familien zu halten und eine Passung von Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt zu gewährleisten und somit entscheidende Impulse für die Lebensbedingungen der Wohnbevölkerung zu setzen ebenso wie für *„bestehende Betriebe und die Ansiedlung neuer Unternehmen“*[19].

Bildung ist offenbarer Standortfaktor und nicht nur auf das Drängen der öffentlichen Meinung hin ganz oben auf den Agenden der Kommunalpolitik gesetzt, sondern elementarer Bestandteil der Daseinsvorsorge und Sicherung der Entwicklungsfähigkeit von Landkreisen und kreisfreien Städten.[20] Die Erfordernisse einer kommunalen Gestaltung des Bildungswesens resultieren somit aus einer **gesellschaftlichen Komponente**, die in dem engen Zusammenhang sozialer Teilhabe und Bildungsniveau begründet ist, einer **ökonomischen Komponente**, die den Einfluss des Qualifikationsniveaus der Wohnbevölkerung auf die Beschäftigungsfähigkeit und letztlich auf das kommunale Steueraufkommen beschreibt und einer **steuerungspolitischen Komponente**: Denn die kommunale Gestaltung bedarf der kooperativen Überschreitung formeller Zuständigkeiten und des Austauschs der verschiedenen gesellschaftlichen Teilsysteme und ist als solche Realisierung einer grundsätzlich demokratischen Idee, der Partizipation der Zivilgesellschaft.[21]

Die kommunalen Handlungsspielräume sind in ihrem Rechtsstatus begründet: *„Sie sind Gemeinden im Rechtssinn, die auf der unteren Ebene der politischen Verwaltungsgliederung örtliche Versorgungs- und Dienstleistungsaufgaben wahrnehmen. Dabei steht ihnen nach Art. 28, II GG das Recht der kommunalen Selbstverwaltung zu, auch in Schulangelegenheiten, wobei das Gebot der staatlichen Schulaufsicht (Art. 7, I GG) davon unberührt bleibt. Die Geltungsgrenzen der Kommunen als kleinste Gebietskörperschaft im Staatsaufbau sind territorial durch politische und juristische Festlegungen klar definiert.“*[22]

Eine effektive Steuerung ist abhängig von der Kombination der Steuerungsinstrumente, *Döbert* unterscheidet hier insbesondere direkte und indirekte. Direkte Instrumente sind *„die Bereitstellung von Angeboten für Bildungsgänge sowie von Regeln für den Zugang zu ihnen und für ihre Zertifizierung, die Bereitstellung und Verteilung von Ressourcen (Finanzmittel, Infrastruktur, zum Teil Personal), deren sektorale und regionale Verteilung, inhaltliche Vorgaben (Leitbilder, regional spezifische Curricula und ähnliches) und Maßnahmen der Qualitätssicherung (Evaluation, Kosten-Leistungs-Rechnung usw.). Indirekt werden Bildungsprozesse z. B. durch Setzung von Rahmenbedingungen für die individuellen Entscheidungen der Bildungsteilnehmer gesteuert.“*[23] Im Kern besteht die **Aufgabe der Kommunen** in der Vorhaltung einer Bildungsinfrastruktur, im Detail Vorschuleinrichtungen, Schulen und öffentlichen Einrichtungen der Weiterbildung sowie in deren Mitfinanzierung.

2.3 Konzepte einer Bildungsgestaltung auf kommunaler Ebene

Mit der Gründung regionaler Bildungsbüros in Nordrhein-Westfalen zum Ende der 90er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts im Zuge großflächiger Modellprogramme zur Öffnung der Schule für Kooperationen mit anderen regionalen Bildungsakteuren begann eine Entwicklung, die auf die **Koordinierung von vertikalen und horizontalen Kooperationen** abzielt. Damit verbunden ist die Absicht, die formell geregelten kommunalen Handlungsspielräume im Bildungsbereich zu nutzen, eine Abstimmung bestehender Angebote im Sinne eines nachfrageorientierten Entwicklungsprogrammes zu vollziehen sowie eine problemorientierte Überwindung von tradierter Zuständigkeitsbehaftung in Form einer Leitzielentwicklung für eine grundsätzliche Strukturverantwortung in Bildungsfragen zu verwirklichen.

Damit eng verknüpft ist das **Konzept der Bildungslandschaften**, deren begrifflicher Bestimmung folgende Annahmen zugrunde liegen:

1. Regionen und Kommunen sind die unmittelbaren Räume der Gestaltung und Umsetzung von Bildungsprozessen.

2. Bildung findet in allen Lebensphasen statt, dementsprechend ist dafür Sorge zu tragen, dass Angebote zur Unterstützung des Lebenslangen Lernens vorgehalten werden.
3. Bildung ist nicht auf formale Bildung beschränkt, sondern findet auch außerhalb des formalen Bildungssystems und außerhalb institutionalisierter Bildungsangebote statt.
4. Bildung ist ein Bestandteil eines umfassenden kommunalen Entwicklungskonzepts und in engem Austausch mit anderen steuerungspolitischen Handlungsfeldern zu gestalten.
5. Grundsätzlich lässt sich die Entwicklung nachhaltiger Standortentwicklungskonzepte nur über langfristige, beabsichtigte Verzahnung zwischen gesellschaftlichen Teilsystemen in Bildungsfragen unabhängig von formellen Zuständigkeiten realisieren.[24]

Bleckmann und *Durdel* definieren Bildungslandschaften als *„langfristige, professionell gestaltete, auf gemeinsames, planvolles Handeln abzielende, kommunalpolitisch gewollte Netzwerke zum Thema Bildung, die – ausgehend von der Perspektive des lernenden Subjekts – formale Bildungsorte und informelle Lernwelten umfassen und sich auf einen definierten Raum […] beziehen“*[25]. Das *Diskussionspapier des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e. V.* hebt insbesondere die Notwendigkeit hervor, dass eine langfristige Kooperation in Gestalt von Netzwerken zum einen an eine gemeinsam getragene Gesamtkonzeption im Sinne eines kommunalen Bildungsleitbildes und zum anderen an eine verbindlich definierte Umsetzungsstrategie von gemeinsamen Zielen gebunden ist und insbesondere der *„Federführung eines kommunalen Verantwortungsträgers“* bedarf[26] und weist damit auf die Herausforderung der Unterfütterung des Nachhaltigkeitsbegriffs hin.

Zahlreiche Modellprogramme, deren Konzeptionen in die Anlage von *Lernen vor Ort* einflossen, griffen die Idee einer Bildungslandschaft auf und prägten ihre Fortentwicklung und Implementation vor dem Hintergrund folgender **Zielstellungen**:

- Fortentwicklung von Bildungsangeboten, in erster Linie im Sinne einer Vernetzung von primären Anbietern einer Bildungsinfrastruktur und den an qualifizierten Arbeitskräften und Auszubildenden interessierten lokalen Unternehmen,
- Gewährleistung institutioneller Autonomie als Voraussetzung zur externen Kooperation mit Akteuren bzw. Institutionen der Bildungslandschaften,
- Vorhaltung von Angebotsstrukturen für ein Lebenslanges Lernen, das *„alles formale, nicht-formale und informelle Lernen an verschiedenen Lernorten von der frühen Kindheit bis einschließlich der Phase des*

Ruhestands [umfasst]. Dabei wird ‚Lernen' verstanden als konstruktives Verarbeiten von Informationen und Erfahrungen zu Kenntnissen, Einsichten und Kompetenzen."[27]

- Gewährleistung des Zugangs zu Bildung für Bildungsbenachteiligte (v. a. Erwerbslose, Migranten etc.), insbesondere durch Angebote außerhalb des formalen Bildungssystems mit kompensierender, ergänzender Bedeutung.[28]

Ausgewählte **Initiativen und Programme** sollen nachfolgend exemplarisch dargestellt werden, dabei kann die Übersicht keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Die Vielzahl der Initiativen und die Vielgestalt ihrer Umsetzung, Beauftragung und Finanzierung dokumentiert die steuerungspolitische Bedeutung einer Konzeption von Bildungslandschaften:

Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken	
Initiator	Bundesministerium für Bildung und Forschung unter Beteiligung der Bundesländer
Ziel	Entwicklung von regionalen Netzwerken zur Gestaltung von niederschwelligen, bildungsbereichsübergreifenden, nachfrageorientierten Dienstleistungen, die ein transparentes Angebot für ein selbstbestimmtes Lernen in allen Lebensphasen ermöglichen
Finanzierung	BMBF, ESF
Teilnehmer	76 Regionen
Laufzeit	2001–2009
Selbstständige Schule NRW	
Initiator	Ministerium für Schule und Weiterbildung Nordrhein-Westfalen, Bertelsmann Stiftung
Ziel	Qualitätsentwicklung von Schulen durch eigenverantwortete Gestaltungsfreiräume, insbesondere hinsichtlich der Öffnung für Kooperationen mit schulexternen Partnern im Sinne der Entwicklung einer regionalen Bildungslandschaft und der konzeptionellen Zusammenarbeit von Schulaufsicht und Schulträgern
Finanzierung	Ministerium für Schule und Weiterbildung Nordrhein-Westfalen, Bertelsmann Stiftung
Teilnehmer	278 Schulen in 19 Kommunen und Regionen in Nordrhein-Westfalen.
Laufzeit	2002–2008

Impulsprogramm Bildungsregionen	
Initiator	Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
Ziel	Entwicklung von nachhaltigen Kooperationen schulischer und außerschulischer Bildungseinrichtungen und von Leitzielen für eine abgestimmte Gestaltung regionaler Bildungsinfrastruktur
Finanzierung	Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
Teilnehmer	11 „Bildungsregionen“
Laufzeit	2009–2012
Modellprogramm Bildungsregionen	
Initiator	Bertelsmann Stiftung, Land Niedersachsen, Land Baden-Württemberg
Ziel	Entwicklung von nachhaltigen Kooperationen schulischer und außerschulischer Bildungseinrichtungen und von Leitzielen für eine abgestimmte Gestaltung regionaler Bildungsinfrastruktur
Finanzierung	–
Teilnehmer	Bildungsregionen Braunschweig, Emsland, Freiburg und Ravensburg
Laufzeit	2004–2008
Lokale Bildungslandschaften in Kooperation von Ganztagsschule und Jugendhilfe/Lokale Bildungslandschaften in Kooperation von Jugendhilfe und Schule	
Initiator	Deutsches Jugendinstitut
Ziel	Forschungsprojekt mit dem Analysefokus auf die Bedeutung von Interdependenzen zwischen kommunalen Handlungsfeldern (Ausbau von Ganztagsangeboten bzw. Kinder- und Jugendhilfe) und ihren Handlungserfordernissen und die Ausgestaltung von Netzwerken einer lokalen Bildungslandschaft
Finanzierung	BMBF, BMFSJ
Teilnehmer	Arnsberg, Forchheim, Groß-Gerau, Hamburg, Jena und Lübeck
Laufzeit	2007–2010 bzw. 2008–2011

Bildungslandschaften zwischen den Meeren	
Initiator	Deutsche Kinder- und Jugendstiftung
Ziel	Entwicklung und Gestaltung lokaler Bildungslandschaften durch die Abstimmung vorhandener Bildungsangebote.
Finanzierung	Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Landes Schleswig-Holstein/Europäischer Sozialfonds (ESF)
Teilnehmer	Drei kreisangehörige Gemeinden in Schleswig-Holstein: Wedel, Bordesholm, Satrup (Modellkommunen für die 1. Laufzeit)
Laufzeit	2009–2010

Tab. 2: Auswahl zentraler Programminitiativen zur Realisierung kommunaler Bildungslandschaften

3. Zielstellungen und Umsetzungsstrukturen des BMBF-Programms „Lernen vor Ort“

Das Bundesprogramm *Lernen vor Ort* nimmt konzeptionelle Leitideen zahlreicher vorhergehender Modellprogramme auf, insbesondere auch die Erkenntnisse aus dem Vorgängerprogramm *Lernende Regionen*, und stellt die bislang größte bundesweite Initiative zur Stärkung dezentraler Gestaltung des Bildungswesens dar. Unter der **Zielperspektive**, Beschäftigungsfähigkeit und Chancengleichheit nur durch gezielte Reformprozesse im kommunalen Gestaltungsraum zu realisieren, hebt *Lernen vor Ort* darauf ab, **Impulse für die Gewährleistung aufeinander aufbauender und die Bildungsbiografie flankierender Bildungsangebote zu setzen**. Eine auf die kommunalen Handlungserfordernisse abgestimmte Bildungsinfrastruktur kann dabei nur über verbindliche Kooperationen von steuernden und lenkenden Bildungsakteuren (fort-) entwickelt werden. Dabei setzt *Lernen vor Ort* den **Schwerpunkt** auf die Gestaltung problemorientierter Steuerungsstrukturen und damit auf die Ausschöpfung kommunaler Handlungsspielräume. Die Programmkommunen sollen nicht nur Bildungsakteure vernetzen, sondern verbindliche Kooperationsformen entwickeln, die eine an den Handlungserfordernissen ausgerichtete, langfristige Zusammenarbeit unterschiedlicher administrativer Zuständigkeitsressorts gestattet. Als **Kernelement** eines kommunalen Bildungsmanagements gilt es dabei, eine Leitstrategie der kommunalen Bildungsgestaltung zu entwickeln, die die Ziele und Herausforderungen und damit auch die Beteiligung von relevanten Akteuren aus Verwaltung und Politik wie auch aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft definiert. Die Benennung von definierten Aktionsfeldern stellt eine Clusterung von Problemzugängen zu kommunalen Handlungserfordernissen dar, *Lernen vor Ort* entwirft damit eine **Schablone zur Umsetzung eines geeigneten Bildungsmanage-**

ments. Elementarer Bestandteil dessen ist die Entwicklung eines umfassenden Bildungsmonitorings, das in seiner Zwecksetzung valides Steuerungswissen bereitstellen, Problembereiche identifizieren und somit zu einer evidenzbasierten Bildungsgestaltung beitragen soll. Die vom Programm benannten Zielstellungen und ihre organisationalen Umsetzungen sind Gegenstand des folgenden Abschnitts.

3.1 Zielstellungen und Akteure

Als „Teil der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung“ sieht *Lernen vor Ort* eine Reihe von Zielstellungen vor, die sich unter dem Bestreben, *„das deutsche Aus- und Weiterbildungssystem in Qualität und Wirkungsbreite zu verbessern und somit zur Sicherung von Wachstum und Fachkräftenachwuchs beizutragen“*[29] fassen lassen und auf einen immanenten Zusammenhang von Bildung, Arbeitsmarkt und gesellschaftlicher Teilhabe gründen. Mit dem Programm wollen die Initiatoren die Kommunen bei der wichtigen Aufgabe der weiteren Qualitätsverbesserung des Bildungswesens stärken, deren Kriterien sich in den **konkreten Zielstellungen des Programms** wiederfinden: Erhöhung der Bildungsbeteiligung, die Stärkung der Beschäftigungsfähigkeit, qualitative und quantitative Verbesserung der Angebotsstrukturen im Sinne einer stärkeren Nutzorientierung, Verbesserung der Transparenz von Bildungsangeboten, Verbesserung der Übergänge zwischen einzelnen Bildungsphasen, Verbesserung der Bildungszugänge, Stärkung der demokratischen Kultur und Bewältigung des demographischen Wandels.[30]

Unter der Perspektive, dass Bildung in den Kreisen und Städten stattfindet, entwickelt *Lernen vor Ort* den Ansatz fort, dass eine umfassende Qualitätsverbesserung im Bildungswesen auch auf der kommunalen Ebene ansetzen müsse und sich nur über ein stimmiges, aufeinander bezogenes System von Bildungsstationen und Bildungsangeboten vor Ort realisieren lasse, das *„den Menschen in seiner Bildungsbiographie – von der frühkindlichen Bildung bis hin zur Weiterbildung“*[31] unterstützt.

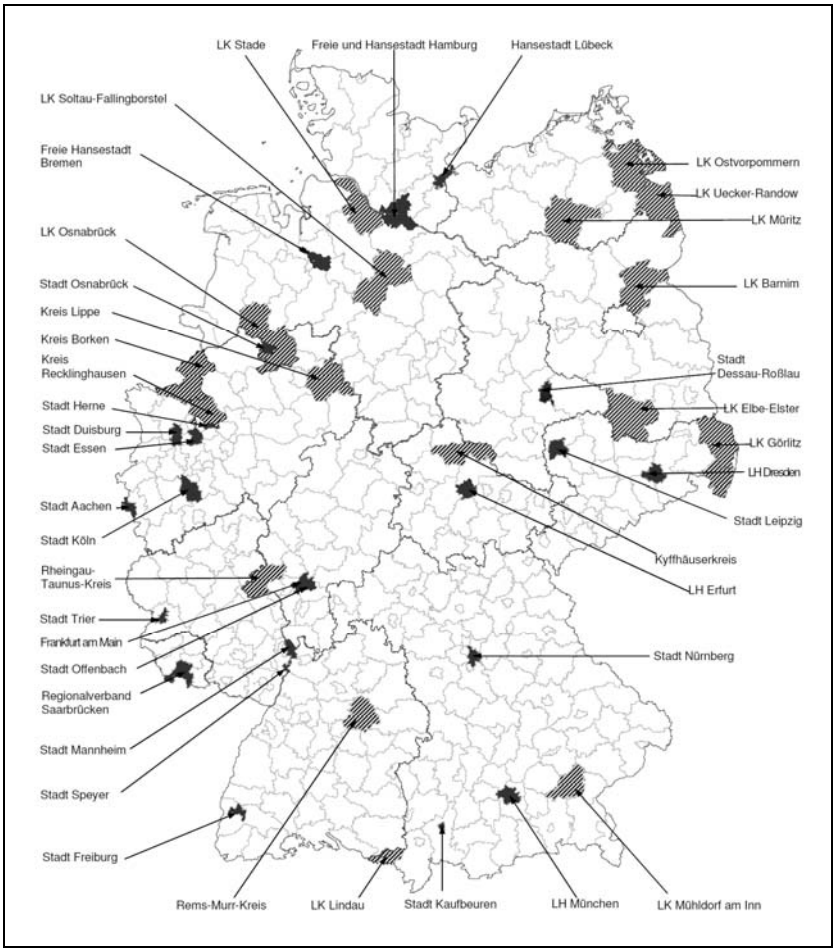

Abb. 1: Die Programmkommunen im Überblick

Die 40 geförderten Kommunen erarbeiten und etablieren ein ganzheitliches, kohärentes Bildungsmanagement für Bildung im Lebenslauf, das bisherige kommunale Initiativen strategisch und ressortübergreifend bündeln und so insbesondere der Fragmentierung der Steuerungsstrukturen entgegenwirken soll.[32]

Die Ausgestaltung der durch das Programm vorgegebenen Zielrichtung soll und muss auf spezifische Weise den Kommunen obliegen. Nachhaltige und zukunftsfähige Ideen und Konzepte für stärker als bisher aufeinander abgestimmte und miteinander verzahnte Bildungsangebote, die für alle zugänglich, transparent und bezahlbar sein sollen, reichen von einer ausgewogenen Zusammenarbeit aller Bildungsinstitutionen im Sinne einer Optimierung der Infrastruktur für die Bildung, bspw. auch unter Einbeziehung der Familienbildung und Elternarbeit, bis hin zu einer Konsolidierung einer Bildungsleitidee innerhalb der Städteplanung und werden in den in Abb. 1 aufgeführten 40 Kreisen und kreisfreien Städten angestrebt.

Seit Projektstart koordinieren der **Projektträger** im *Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (PT-DLR)* und die Geschäftsstelle des beteiligten *Stiftungsverbundes* gemeinsam alle Aktivitäten im Programm und sind Ansprechpartner für die Programmkommunen und die am Projekt beteiligten Akteure, die gemeinsam eine Unterstützung der Entwicklung und Umsetzung der kommunalen Vorhaben gewährleisten.

Stiftungen brachten und bringen ihre lokalen Netzwerke und Expertise hinsichtlich der Gestaltung von Bildungsinnovationen für die Kommunen mit ein. Es entstanden „Lokale Grundpatenschaften" zur Entwicklung des lokalen Bildungsmanagements und „Themenpatenschaften“, in denen sie ihre Erfahrungen an die interessierten Standorte weitergeben. Insgesamt wirken 144 Stiftungen, organisiert über einen Stiftungsverbund, an der Umsetzung von *Lernen vor Ort* mit.

Darüber hinaus sind an der Konzeption, Organisation und inhaltlichen Ausgestaltung der verbindlichen Aktionsfelder innerhalb des Programms folgende **Akteure** beteiligt: Dem Projektkonsortium im Aktionsfeld kommunales Bildungsmonitoring gehören das *Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE), das Statistische Bundesamt (Destatis), das Landesamt für Statistik Baden-Württemberg*, die *Robotron Datenbank-Software GmbH* und die *Syncwork AG* an. An der Gestaltung des Aktionsfeldes Bildungsmanagement ist maßgeblich die *Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt)* beteiligt.

Alle Partner sind im Zuge des Entstehungsprozesses eines kohärenten Bildungsmanagements und dem datenbasierten kommunalen Bildungsmonitoring tätig, kooperieren auf verschiedenen Ebenen und in zahlreichen Gremien.

Die **wissenschaftliche Begleitung** wird von der *Rambøll Management Consulting GmbH* in Zusammenarbeit mit *Prof. Dr. Thomas Brüsemeister* durchgeführt. Neben der „Analyse und Bewertung der Wirkungen im Hinblick auf die Zielstellungen des Programms“ untersucht die Begleitung *„Innovationsstrategien und -leistungen der Kommunen vor dem Hintergrund des jeweiligen regionalen Bedarfs, identifiziert erfolgreiche Organisationsmodelle und untersucht erfolgsbedingende Faktoren und Bedingungen für die Verstetigung der geschaffenen Strukturen in den vierzig Kommunen“*[33] aus einer Governance-theoretischen Perspektive.

3.2 Aktionsfelder der Realisierung eines kohärenten Bildungsmanagements

Insgesamt haben die Initiatoren **vier Haupt- bzw. grundlegende Aktionsfelder** vorgesehen. Neben dem *Bildungsmanagement*, das sowohl

Zielperspektive der Programmumsetzung in den Kommunen wie eines von mehreren Aktionsfeldern ist, und dem *Bildungsmonitoring* werden in den Kommunen *Bildungsberatung* und *Bildungsübergänge* verpflichtend entwickelt. Darüber hinaus befassen sich die Kommunen wahlweise mit weiterführenden Aktionsfeldern, die entsprechend den jeweiligen kommunalen Handlungserfordernissen ausgewählt werden: *Familienbildung/ Elternarbeit*, *Wirtschaft/Technik/Umwelt/Wissenschaft (WTUW), Demografischer Wandel, Integration/Diversitätsmanagement* und *Demokratie/Kultur.*

Die **Kernaufgaben eines kohärenten Bildungsmanagements** liegen in der Bestandsaufnahme und in der Bündelung der Bildungsaktivitäten auf kommunaler Ebene, der Überbrückung der auf verschiedene Ressorts verteilten Handlungskompetenzen, der Einbindung der relevanten Schlüsselakteure im kommunalen Bildungswesen (Kindertageseinrichtungen, Jugendhilfe, Schulen, Volkshochschulen, weitere Weiterbildungseinrichtungen, die Bundesagentur für Arbeit, Kammern, Unternehmen und, sofern vorhanden, Hochschulen) in eine gemeinsam verantwortete, langfristig tragfähige Gesamtstrategie zur Gewährleistung eines gelingenden Lernens im Lebenslauf vor Ort. Sie bestehen aber auch darin, Informationen für die Bürgerinnen und Bürger sowie für Bildungsträger, Bildungsinstitutionen und die Wirtschaft in allen Bildungsfragen bereitzuhalten.[34]

Das **Aktionsfeld Kommunales Bildungsmonitoring** ist als eigenständiges Aktionsfeld für die Umsetzung der Kernaufgaben eines sich etablierenden kohärenten Bildungsmanagements unterstützend tätig. Dabei ist es von den Initiatoren eingerichtet worden, um die für ein Bildungsmanagement erforderlichen Informationen über Rahmenbedingungen der kommunalen Bildungsinfrastruktur zu erhalten sowie auf **Handlungsfelder** in den folgenden Bildungsbereichen aufmerksam zu machen:

- frühkindliche Bildung, Betreuung und Erziehung,
- allgemeinbildende Schulen und non-formale Lernwelten im Schulalter,
- berufliche Ausbildung und Hochschulen,
- Weiterbildung und Lernen im Erwachsenenalter,
- Beteiligung Älterer an Weiterbildung und Lebenslangem Lernen,
- Wirkungen und Erträge von Bildung, insbesondere im Hinblick auf den Arbeitsmarkt und die Beschäftigungssituation in der Kommune,
- Bildungsübergänge.[35]

Mit dem **Aktionsfeld Bildungsberatung** soll *„Bildung mehr an den Mensch“*[36] gebracht werden. In den Kommunen soll mehr Transparenz über die Beratungs- und Bildungsangebote geschaffen werden. Mit der *„Einführung eines Qualitätsmanagementsystems für die Bildungsberatung, der Durchführung von Orientierungsberatung für Individuen und verschiedene Zielgruppen, einer individuellen fachspezifischen Beratung, der Durchführung von Qualifizierungs- und Berufsberatung in Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Bundesagentur für Arbeit und dem Ein-*

satz von Verfahren zu Kompetenzfeststellung sowie Beratung für Fragen bei Bildungsübergängen"[37] soll ein umfassendes Informations- und Unterstützungsgebot für ein selbstgestaltetes Lernen im Lebenslauf für alle Bürgerinnen und Bürger entstehen bzw. weiterentwickelt werden.

Die Aktivitäten im **Aktionsfeld Bildungsübergänge** orientieren sich an den im Bildungsmonitoring geschaffenen Datengrundlagen und werden durch die Angebote der kommunalen Bildungsberatung unterstützt. Im Aktionsfeld soll ein Modell des Übergangsmanagements entwickelt werden, um der Herausforderung hoher (Ausbildungs-)Abbruchquoten zu begegnen und zu einer höheren Beteiligung an Weiterbildung beizutragen. Es soll dabei u. a. auch die Vereinbarkeit von (Weiter-)Bildung mit Beruf und Familie positiv und nachhaltig beeinflussen. Zu realisieren ist dies durch die *„Systematisierung und die Zusammenarbeit der an den Schnittstellen der Bildungsbereiche beteiligten Institutionen und beteiligten Einrichtungen in ausgewählten Übergangsbereichen, unter Berücksichtigung der Hochschulen"*[38].

3.3 Kommunales Bildungsmonitoring als Grundlage für ein kommunales Bildungsmanagement

Fragen der Gestaltung des Bildungssystems werden zunehmend auf kommunaler Ebene beantwortet. *Lernen vor Ort* hat eine **Handlungsschablone** entworfen, die eine notwendige Überwindung von Ressortisolierung im Sinne einer Verknüpfung von Handlungsfeldern und die Kooperation von relevanten Akteuren aus Verwaltung, Politik, Bildungspraxis, Wirtschaft und Zivilgesellschaft ermöglichen und Strategien zum Umgang mit unterschiedlich strukturierten Zuständigkeiten in den einzelnen Bildungsbereichen und damit gesetzter Steuerungsmöglichkeiten hervorbringen soll. Als Bindeglied und Voraussetzung einer gemeinsam umzusetzenden Bildungsgestaltungsstrategie fungiert **ein gemeinsam getragenes Leitbild kommunaler Handlungsziele im Bildungsbereich**.[39] Dieses ist damit gleichermaßen Anknüpfungspunkt und Ausdruck der praktischen Umsetzung einer neuen Steuerung. Ein kommunales evidenzbasiertes Bildungsmanagement, das sich an verabredeten Leistungskategorien orientiert und eine systematische Überprüfung der Umsetzung dieser intendiert, ist die immanente Zielvorgabe für die Aktivitäten der 40 geförderten LVO-Kommunen.

Damit ist die Notwendigkeit einer systemischen Rechenschaftslegung verbunden, die auf nationaler Ebene durch die Gesamtstrategie der KMK zum Bildungsmonitoring verankert wurde. Betrachtet man die Kommune als eigenständiges Handlungssystem, so scheint auch hier eine eigenverantwortete Überprüfung der Zielerreichung schlüssig und explizit im Rahmen der Aachener Erklärung gefordert.[40]

Grundsätzlich ist unter einem **Bildungsmonitoring** *„ein kontinuierlicher, überwiegend datengestützter Beobachtungs- und Analyseprozess des Bildungswesens insgesamt sowie einzelner seiner Bereiche bzw. Teile zum Zweck der Information von Bildungspolitik und Öffentlichkeit über Rahmenbedingungen, Verlaufsmerkmale, Ergebnisse und Erträge von Bildungsprozessen"*[41] zu verstehen. Ferner identifiziert ein Bildungsmonitoring zentrale Entwicklungen wie auch Problemlagen eines Bildungssystems und dient der Überprüfung seiner Erträge im Sinne einer Systemkontrolle. Die verschiedenen Instrumente eines Bildungsmonitorings dienen der Genese und Weiterentwicklung von Steuerungswissen, sie leisten einem begründeten, zielgenauen und transparenten Steuerungshandeln Vorschub.[42]

Bildungsmonitoring wählt einen Ansatz der Analyse des Bildungswesens, der nach den Bedingungen und den Effekten der Arbeit, der die Bildungsbiografie der Individuen begleitenden Institutionen fragt, und nimmt eine Perspektive von Bildung ein, die die Leistungen eines Bildungssystems an ihrem Beitrag zur Wahrung von *„Chancen von Menschen, sich kulturelle Traditionen und Wissensinhalte anzueignen, ihre Persönlichkeit zu entwickeln und so eigenverantwortlich ihr Leben in Partnerschaft und Familie zu gestalten, beruflichen Ansprüchen gerecht zu werden sowie aktiv am sozialen und politischen Leben teilzunehmen"*[43] bemisst. Durch ein immanentes Bildungsverständnis, das auf die Entfaltung der individuellen Regulationsfähigkeit, die Bereitstellung von Humanressourcen und die Wahrung von Chancengleichheit[44] abhebt, orientiert sich ein auf ein Bildungsmonitoring gründendes Steuerungshandeln an übergeordneten gesellschaftssystemischen Zielstellungen. Ein Bildungsmonitoring liefert somit steuerungsrelevantes Wissen für Bildungspolitik und Bildungsverwaltung, da es Informationen zu den Erträgen eines Bildungswesens und den Bedingungen und Wegen ihrer Erreichung bereitstellt. Es identifiziert Handlungserfordernisse anhand von aufgezeigten Entwicklungen und Problemlagen und ist eine zum Teil öffentliche Werkschau der Systemoptimierung und Systemintervention, die in verlässlicher und kontinuierlicher Form geführt eine Grundlage einer direkten, pointierten und rationalen Zieldiskussion innerhalb einer kommunalen Bildungslandschaft schafft.

Als wesentliches und umfassendes Instrument eines Bildungsmonitorings haben sich **Bildungsberichte** auf nationaler Ebene und in den Bundesländern etabliert und werden seit einigen Jahren auch verstärkt auf kommunaler Ebene erarbeitet. Für die deutliche Mehrheit der *Lernen vor Ort-Kommunen* stellt ein Bildungsbericht das zentrale Produkt ihres Bildungsmonitorings dar. Bildungsberichte sind gegenüber bisherigen Formen der Rechenschaftslegung des Bildungssystems insofern innovativ, als dass sie eine bildungsbereichsübergreifende, indikatorengestützte, problemorientierte und auf Entwicklungen im Zeitverlauf angelegte (Gesamt-)Darstellung über die Situation von Bildung auf Bundes-, Länder-

bzw. kommunaler Ebene darstellen.[45] Dabei stützt sich eine kontinuierliche Bildungsberichterstattung zu einem wesentlichen Teil auf fortschreibbare Indikatoren, die statistische Kennziffern kontextualisieren, und auf verschiedene Datenquellen der amtlichen Statistiken, der Kommunalstatistik, gesonderte Studien, aber auch auf Informationen aus kommunalen Fachplanungen und gegebenenfalls auf eigene Erhebungen, die die Informationen in umfassender und präziser Form für einen heterogenen Adressatenkreis bündeln. Bildungsberichte sind begrenzte Zustandsanalysen, sie geben keine Informationen über Wirkungszusammenhänge. Daher werden sie über weitere Instrumente eines Bildungsmonitorings, zumeist spezifische thematische Analysen, ergänzt.

Gemeinsam erarbeitet ein Projektkonsortium Unterstützungsangebote für ein kommunales Bildungsmonitoring der Programmkommunen. Das Statistische Bundesamt, das Landesamt für Statistik Baden-Württemberg, das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung und das Deutsche Institut für Internationale Pädagogische Forschung, die Robotron Datenbank-Software GmbH und die Syncwork AG bringen ihre je eigene Expertise ein und entwickeln notwendige Unterstützungsstrukturen, um insbesondere ein Monitoring über den Förderungszeitraum hinaus in den Programmkommunen und weiteren zu etablieren. Die Konsortialpartner haben sich zu Beginn des Projektes grundlegend über die verwendeten Begrifflichkeiten (Kommunale Bildungsberichterstattung als Teil eines umfassenden kommunalen Bildungsmonitorings und die Indikatoren für ein kommunales Bildungsmonitoring), die mit den jeweiligen Projektaufgaben verbundenen konzeptionellen Arbeiten sowie über die Kooperationsvorhaben und -strukturen geeinigt.

Die **Aufgaben des Projektkonsortiums** betreffen die Weiterentwicklung und Pflege des *Anwendungsleitfadens zum Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitorings.* Dieser liefert ein Grundgerüst für den Aufbau einer kommunalen Bildungsberichterstattung, stellt in regelmäßiger Überarbeitung relevante Kennzahlen zusammen und gibt Erläuterungen zu ihrer Aussage und Berechnung und soll so *„die kommunalen Planer bei der Entscheidungsfindung, ob sie ein komplexes oder relativ einfaches kommunales Bildungsmonitoring aufbauen wollen“* (Projektgruppe Anwendungsleitfaden 2009, 9), unterstützen. Darüber hinaus wird im Zuge der Veröffentlichung und Anpassung des *Anwendungsleitfadens* eine umfassende, nutzerfreundliche und kostenfreie Bereitstellung von verlässlichen Basisdaten für alle Bildungsbereiche durch die statistischen Landesämter bzw. mittelfristig die Herausgabe von RegioStat-Bildung beabsichtigt. Das Konsortium übernimmt Beratungsaufgaben hinsichtlich des Datenzugangs, die nicht im Rahmen des Programmes der amtlichen Statistik bereitgestellt werden und unterstützt bei der Dateninterpretation.

Das *Deutsche Institut für Erwachsenenbildung* übernimmt die Formulierung und Weiterentwicklung eines Konzeptes für kommunale Erhebungen im Weiterbildungsbereich, unterstützt die Kommunen bei der Durchführung und prüft Regionalisierungsmöglichkeiten bundes- oder landesweit verfügbarer und für den Weiterbildungsbereich relevanter Daten.

Die *Robotron Datenbank-Software GmbH* und die *Syncwork AG* entwickeln und implementieren in enger Absprache mit den Programmkommunen ein *IT-Tool* zur Datenverwaltung, Datenhaltung und Datenaufbereitung – weitestgehend auf der Grundlage der im Anwendungsleitfaden definierten Kennzahlen –, das eine nutzerfreundliche Zusammenführung der verschiedenen für ein kommunales Bildungsmonitoring relevanten Datenquellen und eine zweckgemäße Aufbereitung für unterschiedliche Produktformen eines Bildungsmonitorings ermöglicht.

Das *DIPF* übernimmt seit 2009 im Projekt *Kommunales Bildungsmonitoring* die wissenschaftliche Beratung zur Entwicklung und Etablierung eines kommunalen Bildungsmonitorings in den Programmkommunen. Die Beratung erfolgt spezifisch für jedes geförderte Vorhaben und begleitet den Prozess von der Konzipierung, über die Durchführung bis zur Bilanzierung und unterstützt die Kommunen bei der Erarbeitung eines auf ihre jeweiligen Belange zugeschnittenen Konzepts eines kommunalen Bildungsmonitorings und seiner Umsetzung hinsichtlich folgender **Aspekte**:

- Anlage und Umsetzung des kommunalen Bildungsmonitorings,
- Auswahl, Verknüpfung und Darstellung von Indikatoren bzw. Kennzahlen,
- Interpretation von Daten und Informationen zum Bildungsgeschehen im Kreis, in der Stadt sowie im regionalen Vergleich,
- Ableitung von Empfehlungen für die kommunalen Entscheidungsträger,
- Präsentation von Ergebnissen eines Bildungsmonitorings.

Ergänzend zur dialogischen prozessbegleitenden Beratung bietet das DIPF regelmäßige Fortbildungsveranstaltungen unter Einbindung der Konsortialpartner und weiterer fachwissenschaftlicher Experten, die Fragen der Konzeption des Steuerungsinstrumentes Bildungsmonitoring, der Datenbeschaffung, der Darstellung und Interpretation von Indikatoren zu den verschiedenen Bildungsbereichen sowie zu den notwendigen Übersetzungsprozessen der Befunde eines Bildungsmonitorings für und die Überführung in ein kommunales Bildungsmanagement behandeln. Gemeinsam mit den *Fortbildungsveranstaltungen* liefern auch parallel erstellte *Handreichungen* den Programmkommunen und auch nicht geförderten Kommunen das notwendige theoretische Fundament zum Aufbau eines spezifischen Bildungsmonitorings. Neben den Serviceleistungen der wissenschaftlichen Beratung und Fortbildung bearbeitet das DIPF auch zentrale Forschungsfragen, die an die Implementation eines kommunalen Bildungsmonitorings geknüpft sind und sowohl die Analyse methodologischer Herangehensweisen als auch der steuerungspolitischen Erträge erfordern.

4. Ausblick

Mit *Lernen vor Ort* werden in Form eines bundesweiten, umfassenden Programms zentrale Impulse für eine dezentrale Bewältigung gesamtgesellschaftlicher Problemstellungen und bildungspolitischer Herausforderungen, die in ihrer je kommunalspezifischen Ausprägung erfasst und bearbeitet werden sollen, gegeben. Die erwartete qualitative Fortentwicklung des Bildungswesens ist dabei an Strukturveränderungsprozesse der vorrangig kommunalen Bildungsgestaltung gekoppelt. Im Detail zielt das Programm auf die Implementierung evidenzbasierter Steuerungsstrukturen, die zum einen auf langfristiger Kooperation zwischen den für die kommunale Bildungsgestaltung relevanten Ressorts untereinander und mit weiteren Akteuren bzw. Institutionen aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft, Verbänden etc. beruhen, und diese zum anderen an einer Gesamtstrategie der kommunalen Bildungsgestaltung orientiert sein muss und die Notwendigkeiten der Zusammenarbeit vorgibt. Der Entwurf einer Umsetzung von gemeinsam getragenen Zielvorstellungen innerhalb der Kommunen unter dem Titel kohärentes Bildungsmanagement wird von *Lernen vor Ort* durch die Vorgabe von definierten Aktionsfeldern in die kommunale Bildungsverwaltung und -politik getragen und gibt einen Ansatz vor, **evidente regionale Herausforderungen** zu bewältigen. Als solche sind vor allem zu nennen

- die Gestaltung der Übergänge zwischen den Bildungsbereichen und die damit verbundene Abstimmung unterschiedlich verfasster und institutionell gewachsener pädagogischer Selbstverständnisse,
- die transparente und passgenaue Gestaltung der die Bildungsbiografie flankierenden, formellen und non-formalen Bildungsangebote, insbesondere im Hinblick auf ihre Potenziale zur Kompensation der durch das Schulwesen nicht gelösten bzw. verstärkten Tendenzen sozialer Segregation sowie
- der Umgang mit dem demografischen Wandel und die Sicherung der kommunalen Handlungs- und Entwicklungsfähigkeit in Abhängigkeit von einer passgenauen Bildungsinfrastruktur.

Bundesweite Impulsprogramme können und sollen jedoch nur Anreize setzen, insbesondere wenn ihre Zielstellungen tragfähige und selbstverantwortete Bildungsgestaltungsstrategien verlangen. Vor diesem Hintergrund zeichnen sich die Herausforderungen für die kommunale Ausgestaltung des durch das Programm gesetzten Rahmens ab. Der **Ertrag für die Kommunen** wird sich daran bemessen lassen müssen, ob es ihnen gelingt:

- strategische Leitlinien für die Bildungsgestaltung vor Ort festzulegen, die von relevanten Akteuren der Bildungslandschaft erarbeitet, von politischer Spitze vertreten werden und die verbindliche Zusammenarbeit von verschiedenen Ressorts und Akteuren erfordern und erwirken, sowie Handlungsschwerpunkte zu definieren,

- strategische Leitlinien für die Gestaltung des kommunalen Bildungswesens in der kommunalen Gesamtstrategie zu verorten,
- geschaffene oder bestehende Lenkungs- und Arbeitsgremien, die eine ressortübergreifende Entscheidungsfindung und Kooperation bezwecken, zu verstetigen,
- einen problemorientierten partizipativen Ansatz zu verfolgen, um eine Kooperation zum Selbstzweck zu vermeiden,
- vertikale Kooperationen zu nutzen und fortzuentwickeln, insbesondere in den Handlungsfeldern, deren Zuständigkeit nicht von der kommunalen Selbstverwaltung umfasst sind (als Beispiel sind die Anforderungen an die kommunale Gestaltung der Schullandschaft zu nennen, deren Stoßrichtung den Zuständigkeitsbereich der staatlichen Schulaufsicht schneidet),
- eine rationale Entscheidungskultur im Sinne eines evidenzbasierten Bildungsmanagements durch die Einführung und langfristige Etablierung eines sich an den Zielstellungen der kommunalen Bildungslandschaft orientierenden Bildungsmonitorings, das zum einen eine Gesamtperspektive von Bildung, ihren Bedingungen, ihren Verlaufsformen sowie Erträgen und Wirkungen, einnimmt und zum anderen Anknüpfungspunkte für andere kommunale Berichtssysteme im Hinblick auf ein umfassendes kommunales Systemmonitoring bietet.

Die schlüssigen Konzeptionslinien von *Lernen vor Ort* lassen aber programmatisch schon einen langfristigen Umsetzungsprozess erwarten, zielen sie doch insbesondere auf die Überwindung tradierter Verantwortungsseparierung, deren Gelingen von den je eigenen Impulsen der Gestaltenden vor Ort bedingt und nicht zuletzt ihre Beharrlichkeit an den Nahtstellen zwischen Visionen und Realitäten auf die Probe stellen wird.

Literaturverzeichnis:

[1] Vgl. BMBF (Hrsg.): Empfehlungen des Innovationskreises Weiterbildung für eine Strategie zur Gestaltung des Lernens im Lebenslauf. Bonn 2008, S. 7.

[2] Ebenda.

[3] Ebenda.

[4] *Brauckmann, St./Kühne, St.:* Steuerung und Verwaltung des Bildungswesen. In: *Jäger, R.* et al. (Hrsg.): Empirische Pädagogik 1990-2010. Eine Bestandsaufnahme der Forschung in der Bundesrepublik Deutschland. Band 1: Grundlegende empirische pädagogische Forschung. Verlag Empirische Pädagogik: Landau 2010, S. 119.

[5] Vgl. *Döbert, H./Sroka, W.* (Ed): Features of Successful School System A Comparison of Schooling in Six Countrie Münster: Waxmann 2004 S. 11; vgl. *Böttcher, W./Bos, W. et al.* (Hrsg.): Bildungsmonitoring und Bildungscontrolling in nationaler und internationaler Perspektive. Dokumentation zur Herbsttagung der Kommission Bildungsorganisation, -planung, -recht (KBBB). Waxmann: Münster 2008, S. 8f.

[6] *Brauckmann, St./Kühne, St.: a. a. O*, S. 120.

[7] Vgl. u. a. Böttcher et al.: a. a. O., S. 7.

[8] *Oelkers, J.:* Lernen vor Ort: Das Konzept der kommunalen Bildungslandschaften. Vortrag auf der Bildungskonferenz in Dessau am 30.09.2010, S. 7.

[9] Vgl. *Böttcher* et al.: a. a. O., S. 10.

[10] Vgl. *Brauckmann, St./Kühne* et al.: a. a. O., S. 119.

[11] Vgl. *Weiß, W. W.*: Gestalten statt Verwalten! Chancen und Risiken kommunaler Bildungslandschaften. Gutachten für die Max-Traeger-Stiftung über „Die Kommune als bildungspolitischer Gestaltungsfaktor". Abschlussbericht / Fassung 15.07.2010, S. 12.

[12] Vgl. *Döbert, H./Weishaupt, H.:* Antrag zur Entwicklung und Etablierung eines kommunalen Bildungsmonitorings für Lernen vor Ort: Berlin, Frankfurt 2009, S. 14; vgl. *Weiß, W. W.*: a. a. O. S. 31.

[13] Vgl. *Brauckmann* und *Kühne* et al. 2010, 110)

[14] Vgl. *Oelkers, J. a. a. O.*, S. 7

[15] Vgl. *Weiß, W. W.* : Gestalten statt Verwalten! Chancen und Risiken kommunaler Bildungslandschaften. Gutachten für die Max-Traeger-Stiftung über „Die Kommune als bildungspolitischer Gestaltungsfaktor". Abschlussbericht/Fassung 15.07.2010, S. 27f. – in Anlehnung an *Mintzberg, H.:* Structure in 5's: Designing Effective Organization Prentice-Hall: Englewood Cliff 1983, S. 99.

[16] Vgl. *Weiß, W. W.:* a. a. O., S. 131.

[17] *Weishaupt, H.:* Bildung und Region. In: *Tippelt, R./Schmidt, B.* (Hrsg.): Handbuch Bildungsforschung. 3., durchgesehene Auflage. VS Verlag. Wiesbaden 2010, S. 227.

[18] Vgl. *Weiß, W. W.*: a. a. O., S. 11ff.

[19] *Weishaupt, W. W.*: a. a. O., S. 218.

[20] Vgl. *Oelkers, J.*: a. a. O., S. 5.

[21] Vgl. *Luthe, E.-W.:* Kommunale Bildungslandschaften. Rechtliche und organisatorische Grundlagen. Erich Schmidt Verlag: Berlin 2009, S. 27.

[22] *Weiß, W. W.*: a. a. O., S. 27f.

[23] *Döbert, H.*: Regionale Bildungsberichterstattung in Deutschland – Konzept, Ziele und Anforderungen. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens (RdJB). Zeitschrift für Schule, Berufsbildung und Jugenderziehung, 2, 2010., S. 162f.

[24] Vgl. *Luthe, E. W.:* a. a. O., S. 27f.

[25] *Bleckmann* und *Durdel, A.:* zitiert nach *Online-Portal Bildungslandschaften* der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung, 2009.

[26] Vgl. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.: Diskussionspapier des Deutschen Vereins zum Aufbau Kommunaler Bildungslandschaften. 2007, S. 8f.

[27] Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung: Strategie für Lebenslanges Lernen in der Bundesrepublik Deutschland. Materialien zur Bildungsplanung und zur Forschungsförderung. Bonn 2004, Heft 115, S. 13.

[28] Vgl. *Luthe, E.-W.:* a. a. O., S. 30.

[29] BMBF (Hrsg.): Empfehlungen des Innovationskreises Weiterbildung für eine Strategie zur Gestaltung des Lernens im Lebenslauf: Bonn 2008.

[30] Vgl. BMBF (Hrsg.): Lernen vor Ort. Eine gemeinsame Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung mit deutschen Stiftungen: Bonn 2009, S. 3.

[31] Ebenda, S. 4.

[32] Vgl. ebenda, S. 4ff.

[33] *Niedlich, S./Brüsemeister, Th.:* Wissenschaftliche Begleitung des Programms „Lernen vor Ort". Vortrag auf der Jahreskonferenz Lernen vor Ort am 30.11.2010, Berlin 2010, S. 4.

[34] Vgl. BMBF (Hrsg.): Bekanntmachung von Förderrichtlinien für das Programm „Lernen vor Ort": Bonn 2008, S. 6.

[35] Vgl. ebenda.

[36] Ebenda.

[37] Ebenda.

[38] Ebenda, S. 6f.

[39] Vgl. *Oelkers, J.*: a. a. O., S. 9.

[40] Deutscher Städtetag: Aachener Erklärung des Deutschen Städtetages anlässlich des Kongresses „Bildung in der Stadt“ am 22./23. November 2007 S. 2.

[41] *Döbert, H./Weishaupt, H.:* a. a. O., S. 6.

[42] Vgl. ebenda.

[43] *Döbert, H.*: a. a. O., S. 169.

[44] Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.): Bildung in Deutschland 2010. W. Bertelsmann Verlag: Bielefeld 2010, S. 1f.

[45] Vgl. *Döbert, H.*: a. a. O., S. 166 f.

Literaturhinweise:

Altrichter, H./Maag Merki, K.: Steuerung der Entwicklung des Schulwesen In: *Altrichter, H./ Maag Merki, K.* (Hrsg.): Handbuch Neue Steuerung im Schulsystem. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2010. 15–40.

Rürup, M./Fuchs, H.-W./Weishaupt, H.: Bildungsberichterstattung – Bildungsmonitoring. In: *Altrichter, H./Maag Merki, K.*(Hrsg.): Handbuch Neue Steuerung im Schulsystem. VS Verlag für Sozialwissenschaften: Wiesbaden 2010. 377–401.

Statistisches Bundesamt/Deutsches Institut für Erwachsenenbildung/Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.): Anwendungsleitfaden zum Aufbau eines kommunalen Bildungsmonitoring Version Februar 2011.

Stiftungsverbund Lernen vor Ort: Der Beitrag der Stiftungen. Bonn 2009.

Die Autoren:

Tim Siepke
DIPF, wissenschaftlicher Mitarbeiter
Kommunales Bildungsmonitoring
siepke@dipf.de

Dr. Urte Pohl
DIPF, Projektkoordinatorin
Kommunales Bildungsmonitoring
pohl@dipf.de